

Von Entwicklung zu reden bedeutet: sich um den sozialen Fortschritt genauso kümmern wie um den wirtschaftlichen. Es genügt nicht, den allgemeinen Reichtum zu vergrößern, um ihn dann gleichmäßig zu verteilen.

Populorum progressio

Entwicklungspolitik im Wahljahr

Die Daten der Unterentwicklung, des Hungers, der Armut, der Not sind bekannt. Trotz allem ist ihr Ausmaß jedoch oft unvorstellbar und ihre Bedeutung für uns kaum nachvollziehbar. Resolutionen und Konferenzen mit oft spektakulären und ungedulden Radikalforderungen lösen einander ab. Sie hinterlassen von Zeit zu Zeit emotionsgeladene Reaktionen und Diskussionen, führen aber wegen ihrer Regelmäßigkeit bereits wieder zu Abstumpfung und Abwendung von der Problematik. Nach Sondersessionen der Vereinten Nationen, nach Weltbevölkerungs- und Welternährungskonferenzen und schließlich nach dem Beginn der Nord-Süd-Konferenz im Dezember vorigen Jahres in Paris stehen in diesem Jahr u. a. im Mai in Nairobi die 4. Welthandels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD IV), im Juni in Vancouver die Konferenz Habitat '76 über Wohnungsprobleme, Verstädterung und Slums und zur gleichen Zeit in Genf die Jahreskonferenz des Internationalen Arbeitsamtes über die weltweite Arbeitslosigkeit auf dem für die Entwicklungspolitik relevanten Terminkalender.

Ein unbequemes Thema

Doch welches Echo, welche Folgerungen werden diese Überlegungen und Beschlüsse bei uns, den – oberflächlich betrachtet – nicht unmittelbar Betroffenen, haben? Nach jüngsten Erhebungen sind über 60% aller Bundesbürger gegen Entwicklungspolitik und gegen Entwicklungshilfe. Vorurteile, Klischees und Unwissenheit sind bestimmend für diese Grundhaltung. Angesichts dieses Faktums ist es verständlich, daß das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit seinen Etat für Öffentlichkeitsarbeit rigoros erhöhen möchte. Doch was nützen diese an sich begrüßenswerten Aktivitäten, wenn von seiten der Politiker dieses Konzept weder gestützt noch ausgebaut,

ja häufig sogar torpediert wird? Es bleibt ein Skandal, daß sich die Volksvertreter nur wenig an Fragen der Entwicklungspolitik interessiert zeigen und entsprechende Bundestagsdebatten vor fast leeren Bänken von einigen wenigen Experten austragen lassen. Der Bürger muß sich zudem in seiner Anti-Haltung bestätigt fühlen, wenn er bemerkt, daß Kürzungen im Bereich der Entwicklungshilfe ohne allzu große Proteste über die Bühne gehen. Endgültig rehabilitiert wird er sich vorkommen angesichts des emsigen Bemühens aller Parteien, die Entwicklungspolitik nicht zu einem Wahlkampf-Thema werden zu lassen. Zwar hat die CDU entwicklungspolitische Leitlinien erarbeitet, doch die Verabschiedung steht noch aus, Rückwirkungen wird es voraussichtlich weder in der eigenen Partei noch in der Wählerschaft geben. Die SPD hat die Thematik bisher ausgespart und verläßt sich mehr oder weniger auf die Politik ihrer Mitglieder in der Regierung. Das Dilemma der FDP schließlich wurde offenbar, als die Parteiführung eine bereits ausgearbeitete Vorlage für ein entwicklungspolitisches Konzept wieder zurückzog und sich das eigens dafür gebildete Gremium wieder auflöste.

Es bleibt verwirrend und bedenklich, daß sich der Bundeskanzler zwar unaufhörlich zu wirtschaftspolitischen Fragen äußert, mit klaren Aussagen zur Entwicklungspolitik aber zurückhält, daß beim Nord-Süd-Dialog das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht vertreten ist und der Westdeutsche Rundfunk gleich zwei entwicklungspolitische Sendereihen zugunsten von Musikprogrammen absetzt. Abbau allerorten also. Es bleibt ein rühriges, aber teilweise stark isoliertes Fachministerium, es bleiben die Kirchen mit ihren Programmen und Institutionen, es bleiben kleine aktive Gruppen. Sie alle versuchen, gegen den Strom zu schwimmen und Resignation und Unwissen auszuschalten. Mit oft bewundernswertem Einsatz leisten sie Kleinarbeit und können summenmäßige Erfolge aufweisen, die draußen den bestimmt

falschen Eindruck entstehen lassen, als sei in der deutschen Bevölkerung das Bewußtsein für die Situation der Entwicklungsländer geschärft. Natürlich ist der stetig steigende Spendeneinlauf z. B. bei den kirchlichen Hilfswerken – neben der dringenden Notwendigkeit angesichts noch schneller wachsender Notsituationen in den Ländern der Dritten Welt – ein erfreuliches Indiz und ein Beweis für die ansprechende und überzeugende Konzeption dieser Werke. Und doch sieht es leider noch so aus, als seien die großzügigen Spenden eine Art Lösegeld, mit dem man sich von weitergehenden Verpflichtungen, die tiefere Eingriffe in das Wirtschafts- und Ordnungsgefüge des Einzelnen und des Staates nach sich ziehen würden, freizukaufen versucht. Die Entlastungsfunktion eines zudem noch steuerlich absetzbaren Almosens ist nicht zu übersehen. Die Einsicht in die ganze Problematik und die Implikationen für jeden von uns treten bei diesem Vorgang nur wenig in Erscheinung.

Werbung mit Eigeninteresse

Diese Mentalität wird zumindest von Seiten der Politiker momentan stark gefördert. Appelle zu einer Bewußtseinsänderung, zu einer eingehenden Beschäftigung mit den Schwierigkeiten der Entwicklungsländer, ja Bemühungen, den Zusammenhang weltwirtschaftlicher Fragen zu erläutern und ein echtes Verständnis für die Forderungen und Wünsche der Dritten Welt zu wecken, fehlen fast gänzlich. Dafür hat sich mittlerweile stillschweigend die Methode durchgesetzt, mit Hilfe des Hinweises auf massive Eigeninteressen Entwicklungshilfe ein wenig schmackhaft zu machen. So der Finanzminister, der nach der Währungskonferenz finanzielle Zugeständnisse an die Entwicklungsländer damit zu rechtfertigen suchte, daß man damit im Endeffekt ja Geld für unsere Kunden zur Verfügung stelle, so auch Minister *Egon Bahr*, der anläßlich des eigens von der UNO geschaffenen „Tages der Information für Entwicklung“ der negativen Einstellung („nicht aus Böswilligkeit, sondern aus Mangel an Information“) von „mehr als zwei Drittel unserer Mitbürger der Entwicklungspolitik gegenüber“ damit zu Leibe rücken wollte, daß er von neun Punkten eines Aufrufs nur einen den wirklichen Bedürfnissen der Länder der Dritten Welt widmete. Die ersten acht Punkte dagegen unterstrichen den Nutzen der Entwicklungshilfe für uns. Er betonte, daß sich unser Export in die Entwicklungsländer in den vergangenen anderthalb Jahren nahezu verdoppelt hat, daß jeder siebte Arbeitsplatz der deutschen Exportindustrie von Aufträgen aus Entwicklungsländern abhängt, daß damit die Ausfuhr in die Entwicklungsländer für unsere Exportindustrie genauso wichtig ist wie die Automobilindustrie für unsere Gesamtwirtschaft. Als weitere Lockmittel dienten die Hinweise auf die Tatsache, daß 80 Prozent unserer Kapitalhilfe (also unserer Kredite an die Entwicklungsländer) als Aufträge an unsere Wirtschaft zurückfließen und diese Quote im Bereich der Technischen Hilfe sogar bei 90 Prozent liegt, daß unsere Ent-

wicklungshilfe somit auch ein Beitrag für unsere Konjunktur- und Arbeitsplatzsicherung ist. In zwei weiteren Punkten gab er immerhin die Feststellung wieder, daß die Entwicklungsländer zusätzlich zu jeder Mark, die wir ihnen leihen oder schenken, neun Mark Eigenleistung aufbringen und daß sie als ordentliche Schuldner bislang fast sechs Milliarden DM an Tilgungen und Zinsen für unsere Kredite zurückgezahlt haben. Erst danach folgten der Verweis auf die Konzentration der Hilfe auf die ärmsten und von der weltwirtschaftlichen Krise am meisten betroffenen Länder, in denen Analphabetentum, Arbeitslosigkeit und Hunger bestimmend sind, und auf die Verpflichtung, „dem Menschen zu helfen, gleichgültig wo er lebt, wenn er in Not ist“. Der Trend ist offensichtlich, ein neues „Marketing“-Konzept scheint sich durchzusetzen. Auch Bundespräsident *Walter Scheel* bemühte sich kürzlich, einem größeren Publikum entwicklungspolitische Zusammenhänge zu verdeutlichen. Er tat dies auf ähnliche Weise, jedoch mit einigen beachtenswerten Nuancen. Im Hinblick auf das Weihnachtsfest 1975 schrieb er am 22. Dezember in „Bild“ unter der Überschrift „Unser Glück ist nicht selbstverständlich“ – und das ausgerechnet in unmittelbarer Nachbarschaft zu einer Anzeige „Nudeln machen glücklich“. Dabei verwies er auf den „Ruf von Millionen hungriger Menschen nach Gerechtigkeit“, den wir hören müßten, „nicht nur, weil das die Menschlichkeit fordert, sondern weil anders der Frieden in der Welt nicht bewahrt werden kann. Der Frieden aber ist die erste, die wichtigste Voraussetzung unseres Wohlstandes.“ Etwas salopp folgt dann das „Trostpflaster“, wenn es heißt, den Armen würde es nichts nützen, wenn wir auch arm werden würden. Unser Reichtum sei notwendig, damit sie sich entwickeln können. Allerdings hat der Bundespräsident dann den Mut, darauf aufmerksam zu machen, daß wir unsere Einstellung zum Wohlstand ändern müssen: „Wir müssen lernen, mit dem, was wir jetzt haben, auszukommen. Wir müssen lernen, daß unser Wohlstand nur noch langsam wachsen kann.“

Damit aber schnitt er ein Thema an, das heute ebenfalls viel Verwirrung stiftet. So werden wir auf der einen Seite zu Konsumverzicht, Einschränkung und langsameren Wachstumsraten aufgefordert, andererseits heißt es von Seiten der Politiker und der Wirtschaft, nur durch vermehrten Kauf und durch umfangreiche Investitionen könnten die Konjunktur belebt und die Rezession überwunden werden. Hier ist im Grunde der Nerv des Systems getroffen, doch durch ständige lokale Betäubungen stehen wir uns immer wieder an den Konsequenzen vorbei.

Wirtschaftliche Koexistenz als Ziel

Wird hier nicht zu engstirnig gedacht und geplant? Werden die eindeutig bestehenden internationalen Abhängigkeiten schlichtweg übersehen? Noch scheint niemand den Mut aufzubringen, die weit über die im Haushalt des Bundes aufgeführten Mittel für Entwicklungshilfe hinausgehenden allgemeinen Belastungen offen zuzugeben. Wir

werden nicht umhin kommen, unseren Lebensstil zu ändern und unser Wirtschaftssystem einer eingehenden Analyse und Überholung zu unterziehen. Damit ist nicht gemeint, daß nun bei der Diskussion um eine neue Weltwirtschaftsordnung der Westen seinen Bankrott erklärt und sich einem zentralistischen, dirigistischen Konzept unterwirft. Vielmehr gilt es, unser bestehendes marktwirtschaftliches System zu überprüfen, Auswüchse und Fehlentwicklungen zu erkennen und auszuschalten und stärker als bisher die Betonung auf *soziale* Marktwirtschaft zu legen. Es bedeutet aber auch die Anerkennung anderer Systeme, wobei niemand versuchen sollte, dem anderen sein System aufzuzwingen. Man wird sich also auch in bezug auf die Dritte Welt noch mehr auf die Koexistenz teils unterschiedlicher, teils gegensätzlicher Wirtschaftssysteme einstellen müssen.

Das heißt aber auch, daß wir so manche Freiheit im Handel, so manches in Erbpacht genommene Vorrecht aufgeben müssen, daß wir höhere Rohstoffpreise ebenso zu akzeptieren haben, wie wir weitere Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen müssen. Es ist im Grunde ja eigenartig, daß wir durch das plötzliche Erleben großer Arbeitslosigkeit keineswegs nun größeres Verständnis für die Millionen von dieser weltweiten Erscheinung betroffenen Menschen in der Dritten Welt aufbringen, sondern im Gegenteil ängstlich und ärgerlich darauf achten, daß wir wieder abgesichert sind und ja kein weiterer Arbeitsplatz durch die Entwicklungsländer gefährdet wird. Die Solidarität endet am Werkstor oder an der Landesgrenze.

Die zu erwartenden Umstellungen gehen u.a. aus einem im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit vom Kieler Institut für Weltwirtschaft erstellten Gutachten über die Auswirkungen vermehrter Einfuhren aus Entwicklungsländern auf verschiedene Branchen unserer Wirtschaft hervor. Demnach werden bis 1985 im Rahmen dieser notwendigen strukturellen Anpassung die Lederverarbeitung und die Bekleidungsindustrie in der Bundesrepublik weitgehend verdrängt werden. In der Schuhindustrie sind rund ein Drittel und in der Textilindustrie rund ein Viertel der 1972 vorhandenen Arbeitsplätze gefährdet. Wer macht das dem Wähler klar?

Sicherlich darf nicht übersehen werden, daß der Prozeß einer weltweiten Entwicklung auch auf seiten der Entwicklungsländer großer struktureller Umwälzungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik bedarf. Solche Prozesse haben die Industrieländer ebenfalls vollziehen müssen, um eine Vielzahl von Hindernissen für eine allgemeine Entwicklung abschütteln zu können. Das bedeutet aber auch, daß die Führungsschichten dieser Länder ebenfalls umdenken und Privilegien aufgeben müssen. Solange Korruption, Gewalt, Unterdrückung bestimmend sind in vielen neuen Gesellschaften, bleibt Entwicklung Utopie. Es kann ihnen im Grunde nicht nur um eine neue Art von Handelsbeziehungen zu den Industriestaaten gehen, sie müssen vielmehr auch innerhalb und zwischen ihren eigenen Volkswirtschaften neue Ordnungen schaffen. Das immer stärker ins Bewußtsein rückende Aufeinanderangewiesensein ist eine Herausforderung an alle.

Neue Wege anvisiert

Aber auch unabhängig von den immer energischer werdenden Forderungen der Entwicklungsländer erscheint eine Überprüfung unserer wirtschaftspolitischen Grundlagen dringend erforderlich. Viele Stereotype sind nicht länger überzeugend. Wenn in den USA entsprechend einer neuen Studie 40 von 200 Millionen Menschen in der angeblichen Überflußgesellschaft schlecht ernährt sind, ständig hungern, sich nicht ausreichend kleiden können, miserabel wohnen und nicht heizen können, dann stimmt etwas nicht. Wenn die UdSSR ihre Wirtschaftspläne nur minimal erfüllen und viele hochgeschraubte Programme zurückstecken muß, dann stimmt etwas nicht. Ist es da nicht natürlich, daß gerade in der Dritten Welt Neuüberlegungen für eine Alternative auftauchen, wie z.B.: „Unsere erste Sorge gilt der Neudefinition des ganzen Ziels der Entwicklung. Dies sollte nicht die Entwicklung von Sachen, sondern die Entwicklung von Menschen sein. Menschen haben Grundbedürfnisse: Nahrung, Obdach, Kleidung, Gesundheit, Bildung. Jeder Wachstumsprozeß, der nicht zur Befriedigung dieser Bedürfnisse führt, ... ist ein Zerrbild des Entwicklungsgedankens“ (Cocoyoc-Erklärung).

Wo gibt es Orientierungshilfen, wo Anleitungen, wo mutige Prognosen? Sehr realistisch heißt es in der Vorlage der Gemeinsamen Synode zum „Beitrag der katholischen Kirche in der Bundesrepublik Deutschland für Frieden und Entwicklung“, es werde voraussichtlich auch in der nächsten Zukunft keine Übereinstimmung über die Wege der Entwicklungspolitik und Modelle von gesellschaftlicher Entwicklung geben, „weil die für die Unterentwicklung maßgeblichen Ursachen (auch und gerade von den Wissenschaftlern) unterschiedlich gedeutet werden, weil das Verhältnis von Zielen und Mitteln gegensätzlich beurteilt wird und weil es insgesamt noch keine gemeinsam anerkannten sozialetischen Normen für die Lösung der jetzt sichtbar werdenden Weltprobleme gibt“.

Und doch proklamiert die Synode keineswegs Resignation. Vielmehr zeigt sie den Katholiken, wie sie, jeder an seinem Platz, einen Beitrag zur Entwicklung leisten können, wobei die Gewissens- und Bewußtseinsbildung nach wie vor einen besonderen Platz eingeräumt bekommt. Wird sich das irgendwie im Wahljahr niederschlagen? Wird Entwicklungspolitik von hierher doch zu einem Thema im Parteieingefecht?

Neun Jahre nach der Veröffentlichung lohnt sich wieder einmal ein Blick in die Enzyklika „Populorum progressio“, die seinerzeit ja in fast allen politischen Lagern Zustimmung fand. Unter Hinweis auf vielfältige Stützungsmaßnahmen seitens der entwickelten Staaten, z.B. im Bereich der Landwirtschaft, und auf Subventionen in Wirtschaftsgemeinschaften heißt es da u.a.: „Der freie Austausch von Gütern ist nur dann recht und billig, wenn er den Forderungen der sozialen Gerechtigkeit entspricht... Man darf hier nicht zweierlei Maß anwenden. Was innerhalb der Wirtschaft eines Volkes und unter den hochentwickelten Ländern gilt, das gilt auch für die Han-

delsbeziehungen zwischen reichen und armen Ländern. Ohne den freien Markt abzuschaffen, sollte man doch seinen Wettbewerb in den Grenzen halten, die ihn gerecht und sozial, also menschlich machen.“ Ist das Ziel nicht ein internationales Sozialgefüge, wie wir es z. B. in Deutschland nach mühevollen und langwierigen Auseinandersetzungen

heute so stolz präsentieren? Doch wer wird energisch genug sein, gerade in diesem Wahljahr, zu einer Zeit eigener Wirtschaftsprobleme und innenpolitischen Gerangels sowie allgemeiner Verunsicherung auf der außenpolitischen Bühne, diese Aufgabe anzupacken?

Norbert Sommer

Vorgänge

Ecône: Widerstand gegen die nachkonziliare Kirche

Der Konflikt um die Gründungen von Erzbischof *Marcel Lefebvre* (HK, Juni 1975, 310–311) hat sich, wie ein von der Schweizer Bischofskonferenz am 11. Dezember 1975 veröffentlichter Briefwechsel zeigt, zu einem Konflikt zwischen Marcel Lefebvre und Papst Paul VI. zugespitzt. In einem Schreiben vom 29. Juni 1975 wirft nämlich der Papst dem Erzbischof vor, er weigere sich, von seiner „öffentlichen und nachhaltigen Opposition gegen das Zweite Vatikanische Konzil, die nachkonziliaren Reformen und Richtlinien, die den Papst persönlich engagieren, abzusehen“, und er verweigere ihm damit den Gehorsam.

„Katholische“ gegen „liberale“ Kirche

In diesem Konflikt geht es zunächst nicht um die traditionalistische Ausbildung der Priester in Ecône, sondern um das Zweite Vatikanische Konzil und die nachkonziliare Kirche: beiden wirft Marcel Lefebvre *Liberalismus* vor. Dabei polemisiert er insbesondere gegen die Erklärung über die Religionsfreiheit und die Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute, deren Schlußfolgerungen er als reinsten Liberalismus bezeichnet. Und weil für ihn der Protestantismus das typischste historische Beispiel des Liberalismus ist, nennt er die nachkonzi-

liare Kirche liberal und reformiert zugleich. Auf diesen Liberalismus nun führt Marcel Lefebvre praktisch alle nachkonziliaren Reformen und Richtlinien zurück, so daß er sie als Anwendungen der liberalen Prinzipien ablehnen muß. Dabei sind die liberalen Prinzipien für ihn praktisch alle Sätze, die die Kirche vor allem im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts verurteilt oder auch nur abgelehnt hat, wobei er mit dem jeweiligen historischen Kontext recht unbekümmert umgeht. So kann er beispielsweise im Bereich der Philosophie den Nominalismus und den Existentialismus problemlos auf liberale Prinzipien zurückführen.

Eine sehr zentrale Anwendung der liberalen Prinzipien ist für Marcel Lefebvre die *Liturgieform*, die für ihn so als ganze einen protestantischen Charakter trägt. Unter protestantisch versteht er dabei „die Leugnung des Übernatürlichen, also der Erbsünde, der Rechtfertigung durch die Gnade, des wahren Beweggrundes für die Menschwerdung, des Kreuzesopfers, der Kirche, des Priestertums“. Solche Verfälschung des protestantischen Glaubens und solche Verleumdung der Liturgiereform findet man auch bei anderen Gruppen, die dabei nach dem einfachen Schema zu verfahren scheinen: man denke sich mögliche Irrtümer aus, versee sie mit einer Bezeich-

nung und unterschiebe sie so der nachkonziliaren Kirche. Für Marcel Lefebvre ergibt sich daraus jedenfalls, daß die nachkonziliare Liturgie nicht aus Anhänglichkeit an die vorkonziliare Liturgie, sondern aus Gründen der Rechtgläubigkeit abgelehnt werden muß. Und mit der Liturgie wird die Kirche abgelehnt, die sie durchgeführt und verordnet hat und die sie feiert. So kann er folgerichtig Ecône als das Haus bezeichnen, „das sich entschlossen für die Zugehörigkeit zur Kirche aller Zeiten entschieden hat und die Zugehörigkeit zur reformierten und liberalen Kirche zurückweist“. Unter diesem Gesichtspunkt sieht Marcel Lefebvre seinen Konflikt mit Papst Paul VI. als die Alternativen: „Entweder gehorchen mit dem Risiko, den Glauben zu verlieren, oder ungehorsam sein und den Glauben intakt bewahren; entweder gehorchen und an der Zerstörung der Kirche mitwirken oder ungehorsam sein und an der Erhaltung und Fortsetzung der Kirche arbeiten; entweder die reformierte und liberale Kirche akzeptieren oder seine Zugehörigkeit zur katholischen Kirche aufrechterhalten.“

Von seiner Be- und Verurteilung des Zweiten Vatikanischen Konzils und der nachkonziliaren Kirche her ist für Marcel Lefebvre der Entscheid gefallen: „Seinen Glauben verteidigen, dies ist die erste Pflicht eines jeden Christen und noch viel mehr eines jeden Priesters und eines jeden Bischofs. In jedem wie auch immer gelagerten Fall, der eine Gefahr der Auflösung des